SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Wahlen in Paraguay 2003: technologischer Wandel und erneuter Sieg für die Colorado-Partei

Zelenka, Markéta

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Zelenka, M. (2003). *Wahlen in Paraguay 2003: technologischer Wandel und erneuter Sieg für die Colorado-Partei.* (Brennpunkt Lateinamerika, 11). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444469

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 11 | 13. Juni 2003 | ISSN 1437-6148

Wahlen in Paraguay 2003

Technologischer Wandel und erneuter Sieg für die Colorado-Partei

Markéta Zelenka

Am 27. April 2003 wählte Paraguay einen neuen Präsidenten, einen neuen Kongress, neue Gouverneure und Stadträte. Nicanor Duarte Frutos, Präsidentschaftskandidat der Asociación Nacional Republicana (ANR), besser bekannt als Colorado-Partei, konnte die Wahlen mit 37% für sich und seine Partei entscheiden. Auch im Kongress dominieren Abgeordnete und Senatoren der Colorados; sie konnten mit 53 der insgesamt 125 Sitze im Senat und Abgeordnetenhaus jedoch nur eine relative Mehrheit erlangen. Ein „Machtwechsel", wie ihn einige der Oppositionsparteien gefordert hatten, wurde nicht erreicht. Die Wahlen verliefen im Allgemeinen ruhig und ohne große Zwischenfälle. 46% der Wähler konnten ihre Stimme an einer elektronische Wahlurne abgeben. Nicanor Duarte Frutos, der zur „neuen Generation" innerhalb der Colorado-Partei gezählt wird, kündigte an, einen entschlossenen Kampf gegen die Korruption und die Armut führen und die Wirtschaft ankurbeln zu wollen. Ebenso sprach er sich im Wahlkampf für eine Stärkung des gemeinsamen Marktes des Südens und gleichzeitig strikt gegen ein Aufgehen des MERCOSUR in der geplanten Amerikanischen Freihandelszone ALCA aus.

Das am 27. April 2003 um 20 Uhr durch das Oberste Wahlgericht (*Tribunal Superior de Justicia Electoral* – TSJE) bekannt gegebene vorläufige Wahlergebnis beendete einen intensiven Wahlkampf. Gewählt wurden neben dem Präsidenten 45 Senatoren, 80 Abgeordnete, 17 Gouverneure und 191 Mitglieder der Regionalparlamente. Es stellten sich insgesamt neun Parteien mit ihren Präsidentschaftskandidaten zur Wahl. Obwohl die *Colorado*-Partei nach dem offiziellen Endergebnis mit 37,14% der Stimmen den Präsidenten für die Amtsperiode von 2003 bis 2008 stellt, verlor sie im Kongress ihre vorherige absolute Mehrheit und wurde auch durch den Verlust des wichtigsten *Departamento Central*[1] an die Liberalen, den PLRA (*Partido Liberal Radical Auténtico*), empfindlich getroffen. Die lang andauernde und tiefe Wirtschaftskrise, die auch in Zusammenhang mit der Wirtschaftskri-

Allgemeine Daten Paraguay	
Bevölkerung:	5.534.378
Bevölkerungswachstum:	2,3%
BIP (2001):	US$ 7,208 Mrd.
BIP per capita (2001):	US$ 1510
Auslandsverschuldung (Dez. 2002):	2,28 Mrd.
Inflation (2002):	14,6%
Inflation (bis April 2003):	8,1%
Exporte (bis Januar 2003):	US$ 37,1 Mio.
Importe (bis Januar 2003):	US$ 124,7 Mio.

Quelle: ABC COLOR, *Suplemento económico*, 20.4.2003

[1] In diesem Bezirk leben über 25% der Wähler Paraguays; zugleich zieht er mit den in relativer Nähe zur Hauptstadt liegenden Städten Fernando de la Mora, San Lorenzo, Luque, etc. den nach Asunción höchsten Anteil an Investitionen in Industrie und Dienstleistungen an.

se in Argentinien steht und sich über sinkende Exporte in den MERCOSUR bemerkbar macht, hat die sozialen Indikatoren in Paraguay deutlich verschlechtert. Dies stellt in Kombination mit der zunehmenden Armut, einer negativen Handelsbilanz, einer gefährlich hohen Auslandsverschuldung und einer hauptsächlich auf Agrarprodukten basierenden Wirtschaft eine enorme Herausforderung für die neue Regierung dar. Zusätzlich herrscht in der paraguayischen Gesellschaft ein tiefes Misstrauen gegenüber den Politikern, politischen Institutionen und Entscheidungsprozessen, und auch die Demokratie als Regierungsform wird sehr skeptisch betrachtet.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der Präsidentschaftswahl vom 27.4.2003 (der vier wichtigsten Kandidaten)

Wahlberechtigte	*2,4 Mio.*	*100%*
Partei	***Stimmen***	***Anteil***
Nicanor Duarte Frutos (ANR)	574.232	37,14%
Julio César Julio Franco (PLRA)	370.348	23,95%
Pedro Fandul (PQ)	328.916	21,28%
Guillermo Sánchez Guffanti (UNACE)	208.391	13,47%
Ungültige Stimmen	*24.015*	*1,55%*
Enthaltungen	*22.977*	*1,49%*
Gesamt	*1.545.192*	*100%*
Wahlbeteiligung		*64,24%*

Quelle: TSJE, http://www.tsje.gov.py

Wahlkampf und Wahlen

Der Wahlkampf bei den vierten allgemeinen Wahlen in Paraguay seit dem Ende der Diktatur von General Alfredo Stroessner im Februar 1989 wurde hauptsächlich zwischen den vier Präsidentschaftskandidaten Nicanor Duarte Frutos von der *Colorado*-Partei, Dr. Julio César Julio Franco, genannt „Yoyito“, vom PLRA (*Partido Liberal Radical Auténtico*), Pedro Fadul von der Bewegung *Patria Querida* (PQ) und Guillermo Sánchez Guffanti von UNACE (*Unión Nacional de Ciudadanos Éticos*) ausgetragen. Der Wahlprozess hat sich im Vergleich zu den Wahlen während der Diktatur und zu Beginn der Demokratisierung, die sich durch die vollkommene Kontrolle durch die ANR auszeichneten, signifikant verbessert. Die mit Wahlen in Verbindung stehenden Institutionen wie die Wahlkommission (*Justicia Electoral*) mit dem obersten Wahlgericht TSJE wurden konstant in ihrer unabhängigen Arbeit und Rolle gestärkt. Die Durchführung der Wahlen ist transparenter geworden und wird stärker durch die Zivilgesellschaft kontrolliert. Auch der Parteienwettbewerb hat sich intensiviert.

Die Opposition konnte sich im Vorfeld der Wahlen 2003 den Umfragen von *First Análisis* (veröffentlicht in der Tageszeitung *ABC COLOR*) zufolge gegenüber Nicanor Duarte überraschend gut positionieren. „Yoyito“ war im Oktober 2002 von seinem Amt als Vizepräsident zurückgetreten, das er seit den außerplanmäßigen Wahlen im August 2000 innehatte, um für seine Partei bei den Wahlen 2003 als Präsidentschaftskandidat antreten zu können. Die Umfragen vom April 2002 gaben ihm 18,4% der Stimmen und erreichten mit 26,2% im Januar 2003 ihren höchsten Wert, reduzierten sich jedoch wieder auf 16,5% in der Woche vor den Wahlen. Der Anteil von Pedro Fadul, Präsidentschaftskandidat der erst vor einem Jahr gegründeten und als katholisch-konservativ einzuordnenden Bewegung PQ, lag den Umfragen zufolge im April 2002 bei 6,7%. Er konnte seinen Anteil bis zum Januar 2003 auf 23,1% erhöhen – zu Lasten von Nicanor Duarte, der im Januar 2003 nur 27,2% in den Umfragen erreichte. Im wichtigen *Departamento Central* lag Nicanor Duarte am 20. April laut Umfrage mit 36,4% nur knapp vor Fadul mit 32,5%, gefolgt von „Yoyito“ mit 16,2%. Trotzdem gelang es dem PLRA bei den Wahlen mit knappem Vorsprung vor der ANR den Gouverneursposten des *Departamento Central* zu gewinnen.[2]

In den Umfragen lag Pedro Fadul zwar vor „Yoyito“, der ihn jedoch am Wahlsonntag um fast 3% überholte. Faduls Wähler waren hauptsächlich in der städtischen Bevölkerung sowie unter Jugendlichen und Frauen zu finden. Der größte Unterschied war mit Umfragewerten von 41,6% für Nicanor Duarte und 23,6% für Fadul in der Woche vor den Wahlen im Landesinneren auszumachen. Dies geht zurück auf das im Wahlkampf vermittelte Bild von Nicanor Duarte als Mann aus dem Landesinneren, der die Probleme in den Regionen und Gemeinden persönlich kennt und die Landwirte besser versteht als ein Unternehmer. Auch über die häufige Verwendung des Jopará, einer landestypischen Mischung aus Spanisch und der gleichbe-

[2] Insgesamt stellt die ANR elf, der PLRA fünf und lokale Bewegungen einen Gouverneur.

rechtigten zweiten Amtssprache Guaraní in seinen Wahlkampfreden und bei seinen zahlreichen Reisen ins Landesinnere konnte Nicanor Duarte eine besonders starke Nähe zur ländlichen Bevölkerung herstellen.

Der in Anbetracht der kurzen Zeit der Existenz von PQ beachtliche Wahlerfolg mit 21,28% der Stimmen geht auf eine Reihe von Faktoren zurück. Zum einen wurde selbst unter den Anhängern der *Colorado*-Partei Kritik an den Machenschaften der Partei sowie vor allem an der derzeitigen Regierung Macchi laut, zum anderen ist der PLRA aufgrund der blutigen politischen Vorkommnisse im März 1999 – er stellte zu dieser Zeit den Bürgermeister von Asunción, und Teile der Partei waren den Oviedisten zugeneigt – sowie wegen interner Streitigkeiten bei Teilen der Bevölkerung in Misskredit geraten.

Bei massiven Demonstrationen waren im März 1999 vor dem Kongress acht Jugendliche durch direkte Schüsse in die Menge ums Leben gekommen. Diese politischen Unruhen gingen als *Marzo Paraguayo* in die Geschichte ein. Die charismatische Persönlichkeit von Pedro Fadul und sein gut organisierter Wahlkampf trugen ebenso zu dem hohen Stimmenanteil bei. Für die Zukunft bleibt abzuwarten, ob sich *Patria Querida* zu einer Partei entwickeln und als solche etablieren kann. Erste Schritte in diese Richtung sind jedoch bereits unternommen worden, und Pedro Fadul hat ebenfalls deutlich gemacht, dass man gemeinsam auf die Wahlen 2008 hinarbeiten wolle.

Der erneute Sieg der *Colorado*-Partei lässt angesichts der geringen Legitimität der Regierung Macchi und der massiven Kritik an der *Colorado*-Partei aus der Zivilgesellschaft und sogar aus den eigenen Reihen die Frage aufkommen, warum die paraguayische Bevölkerung die *Colorados* bei den Wahlen 2003 nicht abgestraft hat. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Der Verweis auf den mächtigen Parteiapparat und auf die in 56 Jahren unter der Regierung der *Colorados* gewachsenen Strukturen reicht für sich allein als Erklärung nicht aus. Auch die Opposition hat ihren Teil zum Sieg der *Colorados* beigetragen, denn sie verpasste es, sich den Wählern als wirkliche Alternative zu präsentieren. Da die Opposition untereinander zerstritten war, scheiterten auch Bestrebungen, sich zu einem Block gegen die ANR zusammenzuschließen. „Yoyito“ hatte Fadul einen Zusammenschluss zwar angeboten, diese Bestrebungen scheiterten jedoch daran, dass keiner der beiden Politiker auf eine eigene Kandidatur verzichten wollte. Aus diesem Grund richtete sich Pedro Fadul mit der Bitte um den *voto útil* an die Wähler, d.h. er warb um eine Stimmabgabe für die Partei, die angesichts der Umfragen am ehesten einen Machtwechsel herbeiführen könnte.

Im Wahlkampf übernahmen auch die Politiker der Opposition den neopopulistischen Stil von Nicanor Duarte, mit dem Ergebnis, dass alle drei aussichtsreichen Kandidaten hauptsächlich einen Anti-Korruptionsdiskurs führten. Die Opposition beschränkte sich dabei auf Kritik an der Regierung Macchi und der ANR und machte sie sowohl für die politische Krise als auch für die Armut im Land verantwortlich. Auch Nicanor Duarte äußerte offen Kritik an der Regierung Macchi und deren Scheitern und kritisierte damit sogar seine eigene Partei. Er unterstützte auf diese Weise das Bild eines Mannes der „neuen Generation“ innerhalb der ANR, das sich darauf gründet, dass Nicanor Duarte mit der autoritären Vergangenheit der Partei nicht in Verbindung zu bringen ist, weil er das Regime in dieser Zeit als Journalist kritisiert hatte. Trotzdem wird er natürlich auch von den Teilen der Partei unterstützt, die die Diktatur mitgetragen haben.

ANR – PLRA – PQ

Die ANR – *Asociación Nacional Republicana* (*Partido Colorado – Colorado*-Partei) ist eine der zwei traditionellen Parteien Paraguays. Sie wurde 1887 gegründet. Seit 1947 ist die ANR ununterbrochen Regierungspartei; sie unterstützte die Diktatur des Generals Alfredo Stroessner. Die Sektoren der Partei, die diese nicht unterstützten, sahen sich Verfolgungen ausgesetzt und integrierten sich erst nach 1989 wieder in die Partei.

Der PLRA – *Partido Liberal Radical Auténtico* ist Erbe der ebenso 1887 gegründeten Liberalen Partei und damit die andere der zwei traditionellen Parteien in Paraguay.

Patria Querida – PQ ist eine neue Bewegung, die zum 2003 zum ersten Mal an Wahlen teilnimmt. Sie ist als konservativ-katholische Bewegung einzuordnen und versucht, eine politische Alternative zu den zwei traditionellen Parteien darzustellen.

Alle Kandidaten machten im Wahlkampf die üblichen vollmundigen Versprechungen und wenig bis keine konkreten Vorschläge zur Zielerreichung. Alle betonten, Paraguay müsse aus der Wirtschaftskrise herausgeführt werden, gaben jedoch nicht an, wie und mit welchen Mitteln sie dies bewerkstelligen würden. Einzig Nicanor Duarte verfügte über ein detailliertes Regierungsprogramm 2003-2008, das über reine Wahlkampfrhetorik hinausgeht und konkrete Vorschläge und Ansätze enthält. Ob sich die Regierung Nicanor Duarte an dieses Programm halten und wie viel sie davon erfüllen wird, bleibt jedoch abzuwarten.

Was die Opposition angeht, so verständigte sich der PRLA im Mai auf die Linie einer konstruktiven, patriotischen Opposition, welche keinerlei Pakte oder Übereinkünfte mit der ANR eingehen und die Exekutive über die Mehrheit im Kongress kontrollieren will. Fragwürdig ist jedoch, ob es der Oppo-

sition gelingen wird, eine Einheit gegenüber der ANR zu bilden.

Tabelle 2: Sitzverteilung im Kongress

Senat	*Sitze*	***Abgeordnetenhaus***	*Sitze*
ANR	16	ANR	37
PLRA	12	PLRA	21
PQ	7	PQ	10
UNACE	7	UNACE	10
PPS	2	PPS	2
PEN	1	PEN	

Quelle: TSJE, http://www.tsje.gov.py

Elektronische Wahlurne

Mit dem Ziel, das Vertrauen in Wahlen zu stärken und Wahlbetrug zu verhindern, setzte das TSJE über das Gesetz Nr. 1825 als Zusatz zum Wahlgesetz (*Ley No. 834*) bei den Gemeindewahlen im November 2001 in einer ersten Pilotmaßnahme 119 elektronische Wahlurnen für insgesamt 1,56% der 2,4 Mio. Wähler im Wählerverzeichnis ein. Dies stand in engem Zusammenhang mit dem ersten Einsatz von elektronischen Wahlurnen 1998 in Brasilien, nach dessen positivem Verlauf Paraguay die Möglichkeit einer Kooperation mit der OAS und dem brasilianischen Wahlgericht (*Tribunal Supremo de Brasil* – TSE) suchte. Die OAS finanzierte die daraus entstandene Pilotmaßnahme der Gemeindewahlen von 2001, und vom TSE erhielt Paraguay politische und technische Unterstützung in Form von Wahlurnen und Ausbildung des technischen Personals. Nach den positiven Erfahrungen vom November 2001 wurde die Vereinbarung mit der OEA und dem TSE für die allgemeinen Wahlen 2003 erneuert. Das TSE stellte 6000 Urnen als Leihgabe zur Verfügung, die zunächst für 53% der Wähler eingesetzt werden sollten. Geändert wurde im Nachhinein die Verteilung der Wahllokale mit elektronischen Wahlurnen, u.a. wurde deren Einsatz in ländlichen Gebieten verringert, was den Anteil der Wähler auf 46% senkte. Diese Entscheidung spiegelt die Diskussionen und Unsicherheiten wider, die der geplante Einsatz der neuen Technologie in Politik und Gesellschaft hervorrief. Man war (auch innerhalb der Gesellschaft) der Meinung, dass die ländliche Bevölkerung nicht mit einer elektronischen Wahlurne umzugehen wüsste und es auch nicht lernen würde. Auch wenn sich dies bei den Wahlen nicht bestätigt hat, so scheint die Argumentation durchaus verständlich: in Paraguay besitzt nur ca. ein Prozent der Bevölkerung einen Computer. Um auf den Umgang mit der neuen Technologie bei den Wahlen vorzubereiten, führte das TSJE massive Aufklärungsaktionen durch. An ausgewählten Orten mit hoher Besucherfrequenz wie in Supermärkten, Behörden etc. wurden für 70 Tage insgesamt 500 elektronische Wahlurnen zum Kennenlernen ihrer Funktionsweise aufgestellt.

Paraguay versucht seit 1995 aktiv, mit der neuen Wahlgerichtsbarkeit (*Justicia Electoral*) das Bewusstsein und das Vertrauen der Bevölkerung in die Wahlen herzustellen bzw. zu stärken. Die elektronische Wahlurne hat in Bezug auf Vertrauen durchaus Vorteile gegenüber dem klassischen System mit Wahlzetteln vorzuweisen: Die vorgegebene Abfolge der Wahlvorgänge ist für den Wähler übersichtlicher als die Praxis der verschiedenen Wahlzettel. Die Wahl erfolgt dadurch schneller, es werden lange Wartezeiten ausgeschlossen und den Wahlhelfern wird die Arbeit erleichtert. Die Übermittlung und Auswertung der Daten erfolgt nicht nur transparenter, überprüfbarer und schneller, sondern stellt gleichzeitig Angaben für Statistiken über die zeitliche Verteilung der Stimmabgabe u.ä. zur Verfügung. In Anbetracht der Tatsache, dass bei der traditionellen Wahl die Wahlzettel in nicht versiegelten Urnen in Form eines Plastikbeutels der Wahlkommission weitergeleitet werden, vermittelt die elektronische Wahlurne ein stärkeres Gefühl der Sicherheit und fördert so das Vertrauen in Wahlen und das Wahlergebnis.

Tatsächlich war die Erfahrung mit der elektronischen Wahlurne bei den Wahlen am 27. April 2003 positiv. Insgesamt waren 8400 Wahllokale mit elektronischen Wahlurnen versehen worden. Die Reaktionen, vor allem die der Wahlhelfer, waren gerade bezogen auf die im Vorfeld stattgefundenen Diskussionen euphorisch. Die Befürchtung, dass die Mehrheit der Wähler nicht mit den Wahlurnen zurechtkommen würde, bestätigte sich nicht. Die wenigsten Wähler mussten laut den Wahlhelfern an den zusätzlich aufgestellten Urnen „wählen lernen", und aufgrund der Schnelligkeit des Wahlvorgangs bildeten sich keine Warteschlangen wie in den Wahllokalen mit konventionellen Stimmzetteln. Auch die NRO *Transparencia Paraguay* (TP) bezeichnete die elektronische Wahlurne als „Gewinn, welcher den Wahlvorgang erleichtert und ordnet". Zugleich hob TP, wie andere Organisationen auch, die hohe Anzahl von Jugendlichen als Wahlhelfer oder auch als *veedor* (ein Kontrolleur im Wahllokal, auf den nach dem Wahlgesetz jede Partei mit Kandidatur Anrecht hat) hervor. Auch die Schnelligkeit der Auszählung überzeugte: Nach Schließung der Wahllokale um 16:00 Uhr stand bereits um 20:09:40 Uhr das vorläufige Wahlergebnis aus 82,87% der Stimmen der elektronischen Wahlurnen fest (von 46% der Wähler).

Irregularitäten und Stimmenkauf

Auch wenn die Wahlen in Paraguay von Wahlbeobachtern als transparent und demokratisch eingestuft wurden und die elektronische Wahlurne vertrauensbildend gewirkt hat, kam es dennoch im

Vorfeld und bei den Wahlen selber zu einigen Unregelmäßigkeiten.

Positiv war die starke Präsenz von Wahlbeobachtern nationaler und internationaler NROs (*Decidamos*, *Juventud que se mueve*, *Transparencia Paraguay*) sowie internationaler Wahlbeobachter (OAS, IFES, IIDH/CAPEL). Diese klassifizierten die Wahl als frei und demokratisch. Vor allem nationale NROs wiesen jedoch auf einen unfairen Wettbewerb und diverse Irregularitäten im Wahlprozess hin. So qualifizierte die nationale NRO *DECIDAMOS*, die die Wahlbeobachtung diverser nationaler NROs koordinierte, die Wahlen vom 27. April 2003 als „ruhig, aber nicht normal".

Transparencia Paraguay hatte am Wahltag eine Telefonhotline für Beschwerden eingerichtet. Die eingegangenen Beschwerden bezogen sich hauptsächlich auf in Paraguay altbekannte Praktiken des Stimmenkaufs, die durch die Opposition schwer zu unterbinden sind und von ihr z.T. sogar selbst angewandt werden. Darunter fällt z.B. der Einsatz von staatlichen Mitteln zum Stimmenkauf wie der illegitime Einsatz von Staatsgeldern in Form von Zuwendungen aus staatlichen Sozialprogrammen, die Verbesserung von Straßen, der Ausstattung von Schulen u.ä. Diese Praxis kann naturgemäß nur die regierende Partei ausüben. Ebenfalls wurde der weit verbreitete Kauf und Verkauf des Wahlausweises, der vor allem der armen ländlichen Bevölkerung als eine Art „Einkommensquelle" dient, als Unregelmäßigkeit angeführt. Auch das verbreitete Bezahlen der Fahrkarte an den Heimatort, um dort wählen zu können, ist als indirekter Stimmenkauf zu bewerten. Eine Beeinflussung der Wähler ist auch durch den Transport der Wähler zu den Wahllokalen in Bussen, die von den Parteien gestellt werden, gegeben. Negativ fiel ebenso die Beeinflussung der Wähler über den Missbrauch der elektronischen Wahlurnen, die in den Wahllokalen vor dem Wahlgang zum Üben aufgestellt wurden, auf. Da für die Wahl bei der elektronischen Wahlurne die Zahl der Partei auf der Liste eingegeben werden musste, war in einigen Fällen zu beobachten, dass die Wähler zur Eingabe der Zahl einer spezifischen Partei aufgefordert wurden und nicht allgemein zur Eingabe der Zahl der Partei, die man wählen wollte.

Ein weiteres Problem stellt die Missachtung des Gesetzes dar, nach dem Hochrechnungen in den Medien bis eine Stunde nach Schließung der Wahllokale nicht veröffentlicht werden dürfen (*Ley 834, Art. 306*). Im paraguayischen Fernsehen wurden am Wahlsonntag bereits seit vormittags Hochrechnungen und Analysen gesendet. Da dies jedoch nur mit einer Geldstrafe geahndet wird, sind viele Medien eher bereit, diese zu zahlen, als auf die zusätzlichen Zuschauer zu verzichten. Das gleiche Problem stellt sich im Hinblick auf Ergebnisse aus Umfragen, die laut Wahlgesetz bereits 15 Tage vor dem Wahltag nicht mehr publiziert werden dürfen.

Trotz des stärkeren Vertrauens in den Wahlprozess und die Wahlkommission ist die Angst vor massivem Wahlbetrug in Paraguay noch immer im Bewusstsein der Bevölkerung und auch der Parteien verhaftet. Deutlich wird dies auch an der enormen Unsicherheit, die ein Brand am Abend des 1. Mai 2003 im TSJE bei den Mitgliedern der verschiedenen Parteien und in der Bevölkerung verursachte. Der Kandidat des PLRA für den Gouverneursposten im *Departamento Central* äußerte angesichts des Vorfalls: „In diesem Land hat man das Recht darauf, misstrauisch zu sein". Die Mitglieder der verschiedenen Parteien überzeugten sich noch am selben Abend persönlich davon, dass der Brand keine Wahlmaterialien beschädigt hatte und weit entfernt von den Wahlurnen und Dokumentationen der Wahl ausgebrochen war. Obwohl der Brand durch einen Kurzschluss in der internen Klimaanlage verursacht worden war, wurde auch im Nachhinein weiter darüber spekuliert, wer mit welcher Intention den Brand gelegt haben könnte.

Politische Krise und mangelndes Vertrauen in die Demokratie

Paraguay befindet sich vierzehn Jahre nach dem Ende der Stroessner-Diktatur noch immer mitten im Transitionsprozess hin zur Demokratie, in einigen Bereichen sogar noch am Anfang dieses Prozesses. Das Land hat nicht nur mit einer tiefen Wirtschaftskrise, sondern auch mit einer Krise des politischen Systems zu kämpfen. Das Erbe der diversen autoritären Regime in Paraguay bis zum Ende der Ära Stroessner, die insgesamt 178 Jahre andauerten, ist in den verschiedenen Politikbereichen wie auch in der Zivilgesellschaft deutlich zu spüren. Interventionismus und Klientelismus gehören auch nach 1989 noch immer zur politischen Praxis. Der legale Rahmen ist zwar durch die neue Verfassung von 1992 geändert und gestärkt worden, eine unabhängige Justiz, die faktische Durchsetzung der Gesetze sowie die Schaffung von demokratischen Institutionen und Strukturen zur Kontrolle und Rechenschaftspflicht (*accountability*) sind bisher jedoch nicht erreicht worden. Ebenso befindet sich Paraguay, im Gegensatz zur verfassungsmäßigen Verankerung als dezentralisierter Staat (Art. 1), noch immer in der Anfangsphase des Dezentralisierungsprozesses. Dies wird u.a. daran sichtbar, dass den dezentralen Strukturen der Regierung nur 5% des öffentlichen Haushalts zugeschrieben werden, und davon wiederum nur 2% den lokalen und städtischen Regierungen. Es ist eine umfassende Dezentralisierungsreform notwendig, die den regionalen und lokalen Regierungen auch finanziell die Möglichkeit gibt, ihre Aufgaben und Verantwortung wahrnehmen zu können.

Die geringe Erfahrung mit der Demokratie sowie diverse politische Unruhen und Vorkommnisse,

wie z.B. der Putschversuch von Lino Oviedo 1996 und der *Marzo Paraguayo* 1999, führten dazu, dass ein Großteil der paraguayischen Bevölkerung die Demokratie in Frage stellt. Den Erhebungen des *Latinobarómetro* zufolge ist zwar in ganz Lateinamerika eine rückläufige Zustimmung zur Demokratie festzustellen, in Paraguay – wie auch in Brasilien und Kolumbien – ist diese Entwicklung jedoch besonders ausgeprägt. Von 1996 an ist die Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform, die anderen politischen Systemen vorzuziehen sei, in Paraguay von 59% auf 41% im Jahre 2002 gesunken. Zur gleichen Zeit nahm die Offenheit gegenüber autoritären Regierungsformen von 1996-2000 von 26% auf 39% zu. Auch der vom *Latinobarómetro* entwickelte Index der Zufriedenheit mit der Demokratie ist in Bezug auf Paraguay besonders alarmierend: Er sank von 41% 1996 auf 23% im Jahr 2001. Es ist zwar bekannt, dass eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie in engem Zusammenhang mit wirtschaftlichen Krisenzeiten steht, die extreme Entwicklung in Paraguay ist jedoch nicht nur mit der wirtschaftlich schwierigen Situation zu erklären. Zusätzlich erhält eine erhöhte Zustimmung zu autoritären Regierungsformen in einem Land mit einer stärkeren autoritären Tradition stets eine andere Bedeutung. In diesem Kontext ist positiv zu vermerken, dass mit der Verfassung von 1992 die Präsenz von Militärs in der Exekutive sowie in der Legislative verboten wurde (Artikel 235, 7; 179, 7; 241). Auf dieser Grundlage sowie nach Säuberungen in der Militärspitze nach dem gescheiterten Putsch von Oviedo 1996 konnte in Paraguay im Vergleich zu vorangegangenen Perioden eine Trennung zwischen Militär und Politik vorangebracht werden, die das Risiko eines Putsches mit Unterstützung oder Beteiligung des Militärs verringert.

Die oben angeführten Zahlen des *Latinobarómetro* spiegeln wider, was im Land selbst deutlich zu spüren ist: Der Transitionsprozess, die Wirtschaftskrise, die geringe Erfahrung mit demokratischen Prozessen und die schlechte Regierungsführung der politischen Eliten – in engem Zusammenhang stehend mit der ausgeprägten Korruption – haben in Paraguay zu Unsicherheiten in der Bevölkerung geführt, die sich in Kritik an den Politikern selbst, aber auch an der Demokratie als Regierungsform niederschlägt. Die fehlende „starke Hand" führt in der Bevölkerung zuweilen zu der Meinung, dass unter Stroessner vieles besser gewesen sei. Aufkleber mit Aussagen wie: „*Paraguay – Stroessner – Yo era feliz y no lo sabía*" (Paraguay – Stroessner – ich war glücklich, ohne dass ich es wusste), der in Paraguay häufiger zu finden ist, zeigen dies deutlich.

Die Krise des politischen Systems in Paraguay steht in engem Zusammenhang mit der fehlenden Legitimität auf politischer Ebene. Nach dem noch immer ungeklärten Mord am Vizepräsidenten Luis María Argaña am 23. März 1999 und den blutigen Ereignissen des *Marzo Paraguayo* musste der damalige Präsident Raúl Cubas zurücktreten. Das mit dem Rücktritt von Cubas entstandene Machtvakuum wurde zwar gemäß Art. 234 der Verfassung durch den damaligen Präsidenten des Senats, Luis González Macchi, geschlossen, die entstandene Situation brachte jedoch gleichzeitig Schwächen der Verfassung ans Licht. So gibt die Verfassung beispielsweise für einen solchen Fall keinen Aufschluss über die Dauer der Amtszeit, was zu Unsicherheiten in Politik und Gesellschaft führte. Durch einen Beschluss des Obersten Gerichtshofs wurde die Amtszeit von Macchi als Präsident schließlich bis 2003 festgelegt und lediglich Neuwahlen für das Amt des Vizepräsidenten für 2000 angesetzt. Da Macchi nicht von der Bevölkerung gewählt worden war, verfügte er von Anfang an nur über geringe Legitimität und Glaubwürdigkeit. Das Misstrauen ihm gegenüber stieg noch einmal deutlich an, als Vorwürfe laut wurden, dass er US$ 16 Mio. aus dem Budget der Zentralbank veruntreut haben sollte. Im Jahr 2001 entging Macchi nach lauten Rücktrittsforderungen nur knapp einer Amtsenthebung. Als Folge all dieser Vorkommnisse beurteilten im Februar 2003 86,1% der Befragten einer Studie des GEO (*Gabinete de Estudios de Opinión*) die Regierung Macchi als sehr schlechte bzw. schlechte Regierung.

Das starke Misstrauen der Bevölkerung in Paraguay gegenüber Politikern und Institutionen beruht auf dem ineffizienten Einsatz von öffentlichen Mitteln und der Unfähigkeit oder auch dem Desinteresse der Politiker, Programme und Pläne zur Verbesserung der sozialen Lage durchzusetzen. Dies steht in engem Zusammenhang mit der Korruption, deren Ausmaß an der Platzierung von Paraguay auf Platz drei auf dem weltweiten Korruptionsindex von *Transparency International* deutlich wird. Paraguay ist nach diesem Ranking das Land mit der höchsten Korruptionsrate in ganz Lateinamerika. Dass die *Colorado*-Partei in Paraguay bereits seit 56 Jahren an der Macht ist, 35 Jahre davon unter der Diktatur von Stroessner, und damit in der Geschichte Lateinamerikas bisher lediglich vom PRI in Mexiko (71 Jahre bis zum 2. Juli 2000) übertroffen wird, hat stark zu einer Institutionalisierung der Korruption beigetragen. Wie auch der PRI in Mexiko, hat der ANR in Paraguay über die Jahrzehnte hinweg einen korporatistischen, klientelistischen Staat geschaffen, der ihr und ihren Mitgliedern persönliche Vorteile und Macht verschafft. Die Regierungsfähigkeit des Landes wird dadurch jedoch drastisch eingeschränkt.

Herausforderungen für die neue Regierung

Bereits kurz nach den Wahlen begann der gewählte Präsident in einem ersten Schritt zur Festlegung seiner Regierung ein *equipo de transición* zu bilden, ein Komitee, das mit der Regierung Macchi zusammenarbeiten und den Plan für die ersten 100 Tage der Regierung nach dem 15. August 2003 erarbeiten soll. Bereits kurz nach der Wahl rief Nicanor Duarte die Opposition zur Beteiligung an seiner im Wahlkampf ausgesprochenen Idee einer *Mesa Patriótica* („patriotischer Tisch") auf. Seiner Vorstellung nach soll dieser im Juni 2003 einberufen werden, der Konzertierung der politischen Kräfte im Land dienen und Raum für Kommentare der Opposition zu den konkreten Vorstellungen der neuen Regierung bieten. Sein Aufruf wurde auch vom Präsidenten González Macchi unterstützt. Nicanor Duarte konkretisierte Mitte Mai, dass es sich bei der *Mesa Patriótica* um eine Möglichkeit der Information für die Opposition und Führungspersonen aus der Gesellschaft über die Pläne der neuen Regierung handele. Er machte gleichzeitig deutlich, dass man sich die Meinungen anhören wolle, die Pläne jedoch nicht abhängig seien von einer „endlosen Debatte".

Um Paraguay wirtschaftlich, finanziell und auch gesellschaftlich vorwärts zu bringen ist die Bekämpfung der Korruption als prioritäre und übergeordnete Aufgabe anzusehen. Die Kosten der Korruption für den Staat sind nicht nur hoch und begünstigen seine Ineffizienz, sondern diese untergräbt auch das Vertrauen von Investoren und Kreditgebern, die Paraguay so sehr benötigt. Obwohl sich Nicanor Duarte die Korruptionsbekämpfung als Regierungsziel auf die Fahnen geschrieben hat, ist fragwürdig, ob er sein Ziel auch wirklich verfolgen und erreichen wird. Denn auch wenn Nicanor Duarte der „neuen Generation" innerhalb seiner Partei zuzuordnen ist, stellen die gewachsenen politischen Strukturen, einschließlich der Parteien, und die „Normalität" der Korruption und des Nepotismus in Paraguay, vor allem innerhalb der politischen Klasse eine enorme Herausforderung dar. Sollten seine geplanten Vorhaben wie z.B. ethische Verhaltensregeln für öffentliche Angestellte und ein Gesetz zur Transparenz in der Verwaltung (*Ley de Transparencia Administrativa*) durchgesetzt werden, könnte dies zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Es gibt jedoch bereits Anzeichen dafür, dass man auch von der Regierung Nicanor Duarte bei Postenbesetzungen nicht viel Neues und auch nicht mehr Transparenz zu erwarten hat, und dass es dabei auch weiter hauptsächlich um die Stärkung der eigenen Partei im Staatsapparat geht. Nach dem Rücktritt des liberalen Richters Enrique Sosa vom Obersten Gericht wurde mit Víctor Núñez erneut ein Mitglied der *Colorados* zum Richter gewählt. Offensichtlich stand sein Sieg bereits vor der Wahl fest, denn Núñez hatte sich im Vorfeld durch Lobbying im Senat seine Stimmen gesichert und konnte auch auf die Unterstützung von Nicanor Duarte zählen. Die von der Vereinigung der Anwältinnen in Paraguay geforderte Präsenz einer Frau im obersten Gericht, die zwischen den Frauen in den verschiedenen Ministerien viel Zustimmung fand, konnte nicht durchgesetzt werden. Es wurde offen die Auswahl der Kandidaten bemängelt, weil diese nicht nach ihren Curricula ausgewählt wurden, da diese nicht zur Verfügung standen. Die *Colorado*-Partei stellt mit dieser Wahl nun sieben der neun Richter des Obersten Gerichts, die diesen Posten laut Verfassung bis zum 75. Lebensjahr bekleiden. Eine unabhängige Justiz ist durch diese parteiische Zusammensetzung noch weniger als zuvor gewährleistet.

Gravierende Probleme für die neue Regierung sind die hohe Auslandsverschuldung von US$ 2,28 Mio. und die Zahlungen, die Paraguay noch im November und Dezember dieses Jahres an nationale und internationale Kreditgeber zu leisten hat. Auch die ab Juni 2004 fälligen halbjährlichen Kreditrückzahlungen von jeweils US$ 15 Mio. an China werden die neue Regierung zusätzlich finanziell unter Druck setzen. Um diese prekäre finanzielle Situation zu entschärfen, wird im Juni 2003 ein Komitee für Wirtschaftsfragen, u.a. mit dem gewählten Vizeminister Luis Castiglioni und dem zukünftigen Finanzminister Dionisos Borda nach Washington reisen, um mit dem IWF neue Verhandlungen aufzunehmen. Die Mission wird dabei mit US$ 70.000 von den Vereinten Nationen unterstützt. Erschwert wird diese Mission durch die vorangegangenen schwierigen Verhandlungen zwischen dem IWF und der Regierung Macchi. Der IWF hat bereits deutlich gemacht, dass eine zukünftige Zusammenarbeit lediglich von den Vorschlägen der Regierung Nicanor Duarte abhänge. Diese sollten u.a. eine Fiskalreform und die Reform der staatseigenen Bank, des *Banco Nacional de Fomento,* umfassen.

Im Wahlkampf und auch in seinem Wahlprogramm hatte Nicanor Duarte deutlich gemacht, die Position Paraguays im MERCOSUR stärken zu wollen, um das Exportpotenzial Paraguays auszuschöpfen. Er sprach sich auch für eine Intensivierung der regionalen Integration aus.

Um die Beziehungen von Paraguay zum MERCOSUR neu zu definieren, sowie um Finanzierungshilfen für seine Regierung zu werben, begann Nicanor Duarte Ende Mai 2003 eine Rundreise durch die anderen Mitgliedstaaten. Bei seinem Besuch in Uruguay sprachen sich er sich mit dem uruguayischen Präsidenten Jorge Batlle unter Bezugnahme auf den in der EU bestehenden Ausgleich für eine Änderung des Vertrages von Asunción aus, um die negativen Effekte für die kleinen Länder im MERCOSUR kompensieren zu können. Nicanor Duarte sprach sich in Uruguay ebenfalls dafür aus,

dass der MERCOSUR bei den Verhandlungen zur ALCA den USA gegenüber geeint auftreten sollte. Mit der Wahl von Nicanor Duarte in Paraguay und Kirchner in Argentinien ist der Block der Befürworter einer Stärkung des MERCOSUR und damit auch der Block der ALCA-Skeptiker gestärkt worden.

Bibliographie:

Justicia Electoral – República del Paraguay: http://www.tsje.gov.py.

Justicia Electoral (2003): Disposiciones Normativas Electorales. Constitucionales, Legislativas, Reglamentarias. Asunción.

Marta Lagos (2001): How People View Democracy. Between Stability and Crisis, in: Journal of Democracy, 12:1.

Latinobarómetro 2001 und 2002 unter: http://www.latinobarometro.org/ano2002.htm.

Instituto Internacional de Governabilidad de Cataluña (2002): Diagnóstico institucional de la República de Paraguay. La transición democrática y el sistema político-institucional. Barcelona, unter: www.iigov.org/numero100/area5/recurso/inf01.pdf.

Sosna, Artur (2001): Quo vadis Paraguay? Der Prozess der Demokratisierung zwischen Anspruch und Wirklichkeit, in: Konrad Adenauer Stiftung – Auslandsinformationen 6/01, unter: www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_286.pdf

Transparencia Paraguay: Gazetilla de prensa, 27/04/03.

DECIDAMOS: Informe final de observación electoral.

Diario *ABC COLOR*, Asunción.

Diario *La Nación,* Asunción.

Tiempos del Mundo.

Autorennotiz:
Markéta Zelenka, Politikwissenschaftlerin (M.A.) mit Schwerpunkt Lateinamerika, Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Proyecto Tesäirä, GTZ Paraguay, marketa.zelenka@web.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,– (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,– (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE
Alsterglacis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41
E-mail: iikhh@uni-hamburg.de · Internet: www.duei.de/iik

In Kürze erscheint

LATEINAMERIKA ANALYSEN

ISSN 1619-1684

Heft 5, Juni 2003

Themenschwerpunkt:

Amerika den Amerikanern?
Chancen und Risiken der Freihandelszone ALCA

www.duei.de/iik